

künftige Positionierung Kameruns an die französische Administration geknüpft wurde. In der Zeit der Gewalteskalation ab 1956 wurden die Diskurse um Gewalt und Gefährlichkeit adaptiert und an konkrete Ereignisse angebunden. Hier zeigte sich, dass die Verwaltung sehr klare Vorstellungen über Repräsentation und die zukünftige Staatlichkeit Kameruns hatte und das *image of the state* entsprechend prägte. Alternative Vorstellungen wurden nur in einem sehr engen Rahmen zugelassen und verhandelt, wie ich gezeigt habe. Die französische Verwaltung gründete ihr Handeln auf einem UN-Mandat, welches u.a. Meinungs- und Pressefreiheit vorsah, und verstand sich als legitime Vertretung, eine politische Ordnung aufzubauen, zu verteidigen und durchzusetzen – tatsächlich jedoch erinnerte ihr Handeln eher an koloniale Kontexte. Im folgenden Kapitel (6.2.) wird ermittelt, wie die *Grammatik der Sicherheit* herausgefordert wurde und auf welche Weise sich die UPC konstituierte.

6.2 Die postkoloniale Handlungsmacht der UPC

»Vive Kamerun unifié et indépendant, vive U.P.C., vive ONU!«³⁸
(UPC-Bericht vom 8.5.1957, S-0443-0014)

»Cette victoire, on peut la retarder – comme c'en est actuellement le cas – mais rien ne saurait l'empêcher.«³⁹
(Um Nyobé, Zitat aus La Voix du Kamerun 1963, ADSS Bte 31)

In diesem Kapitel erläutere ich, auf welche Weise die antikoloniale Partei UPC ihre eigenen Vorstellungen zur Zukunft Kameruns formulierte und in Konkurrenz zur französischen Verwaltung Handlungsmacht entwickelte. Im Lauf der Zeit konnte die Partei, basierend auf der Bedrohungs- und Sicherheitskonstruktion der französischen Verwaltung, einen spezifischen Handlungsspielraum entwickeln, welcher die *Grammatik der Sicherheit* prägte. Folgende Fragen leiteten meine diesbezügliche Analyse an: Wie konstruierte die UPC Sicherheit in der damaligen Situation? Welche Vorstellung von zukünftiger Staatlichkeit entwickelte sie dabei? Welche Handlungsmacht konnte die Partei über Sicherheit definieren? Indem ich auf das Konzept der postkolonialen Handlungsmacht zurückgreife, werde

38 Übersetzung: »Lang lebe das vereinte und unabhängige Kamerun, lang lebe die U.P.C., lang lebe die UN.«

39 Übersetzung: »Dieser Sieg kann verzögert werden – wie dies derzeit der Fall ist –, aber nichts kann ihn verhindern.«

ich insbesondere auf die upécistische Navigation und Vermittlung zwischen internationalen Ansprüchen und kamerunischen Besonderheiten in der Treuhandszeit eingehen. Mit postkolonialer Handlungsmacht kann, so werde ich argumentieren, die Handlungsfähigkeit jener Sicherheitsakteure beschrieben werden, die laut *Versicherheitlichungstheorien* eingeschränkte Artikulations- und Gestaltungsmöglichkeiten in einem festgelegten Handlungsrahmen innehaben. Dass die UPC mittels Sicherheitssprechen zu einem Konkurrenten um internationale Legitimität werden sollte, werde ich in Kapitel 6.3. zeigen. Die Analyse in diesem Kapitel basiert auf repräsentativen Selbstdarstellungsartefakten der UPC: Artikel aus UPC-Presseerzeugnissen wie Zeitungen oder Broschüren; Reden von UPC-Mitgliedern; Briefe und Telegramme; Petitionen an die UN. Der Fokus liegt auf den Jahren 1952-1953, den *Événements du Mai 1955* sowie auf der Verhandlung um Amnestie und Versöhnung 1958-1961.

6.2.1 Konzeptualisierungen: Der postkoloniale Sicherheitsakteur

Ausgehend von den theoretischen Verortungen im Kapitel 4 werde ich zunächst das Konzept des *postkolonialen Sicherheitsakteurs* vorstellen. Damit will ich den Prozesscharakter sowie die Darstellungs- und Herstellungsdimensionen einer relationalen Perspektive auf Sicherheit betonen. Zudem werde ich auf die Bedeutung kolonialer Kontinuitäten und postkolonialer Akteurschaft nach Bhabha ([1994] 2012) und auf Subalternität verweisen, um auf die spezifische Konfliktodynamik eingehen zu können.

Sicherheitsakteure in *Versicherheitlichungsprozessen*

Ein Sicherheitsakteur in *Versicherheitlichungsprozessen* ist »someone, or a group, who performs the security speech act« (Buzan et al., 1998, p. 40). Üblicherweise nehmen diese Rolle politische Führungsfiguren, Bürokratien, Regierungen, Lobbyist_innen und Interessensgruppen ein, wobei diese Akteure selbst selten zu Referenzobjekten von Sicherheit werden. Laut Buzan et al. wird argumentiert, es gehe darum, »to defend the security of the state, nation, civilization, or some other larger community, principle, or system« (Buzan et al., 1998, p. 40). Die Beziehung zwischen den handelnden Subjekten ist, wie Buzan et al. herausstellen, im Kontext von *Versicherheitlichungen* weder gleich noch symmetrisch, sondern geprägt von situativen Machtverhältnissen. Dadurch hängt die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen *Versicherheitlichung* auch von der Positionierung der entsprechenden Akteure im Feld ab:

»Security is thus very much a *structured field* in which some actors are placed in *positions of power* by virtue of being generally accepted voices of security, by having the power to define security« (Bigo 1994). This power, however, is never absolute: No one is guaranteed the ability to make people accept a claim for necessary se-

curity action (as even the Communist elites of Eastern Europe learned; see Wæver 1995b), nor is anyone excluded from attempts to articulate alternative interpretations of security. The field is structured or biased, *but no one conclusively holds the power of securitization*. [...] To study securitization is to study the power politics of a concept« (Buzan et al., 1998, p. 31; Hervorhebung M. K.).

Demnach bedeutet die Untersuchung der Akteurskonstellation in *Versicherheitlichungsprozessen* eine Analyse komplexer und situativer Machtstrukturen, da niemand die Macht zur *Versicherheitlichungen* exklusiv besitzt. In diesem Kapitel (6.2) interessiert mich besonders, welche Rolle die Positionalität der Akteure innerhalb der Machtverhältnisse spielte und inwiefern subalterne Stimmen Sicherheit prägten. Williams griff auf Bourdieus Konzept der *Institution* zurück, um die Machtstrukturen um Sicherheitssprechen zu erfassen:

»Power [...] emerges not only from the ability to speak the right language [...] but to do so in the context of having been accredited by institutions which have the power to confer that credibility. Thus trust and authority reside primarily not in the individual (at least not immediately, or per se) but more usually in the individual as mediated through their institutional accreditation« (Williams, 2007, p. 66).

Weiterhin argumentiert Williams: »[P]ower from this position, needs to be understood not in the materialist sense, but as *symbolic power*: the ability to use *symbolic structures of representation* and the occupation of social positions from which they can be effectively enacted, and social and material power thereby mobilized« (Williams, 2007, p. 66) (Hervorhebung M.K.). Somit haben symbolische Macht und Repräsentation Einfluss darauf, welchem Sicherheitssprechakt Priorität eingeräumt wird. Mit Verweis auf Machtstrukturen untersucht Lene Hansen Prozesse des Marginalisierens und Verschweigens (*silencing*) minorisierter Sicherheitsäußerungen und inkludiert dabei performative Ausführungen von Sicherheitssprechen (Hansen, 2000). Auch McDonald (2008) fordert die Einbeziehung marginalisierter Stimmen und betont dabei die Bedeutung von Positionalität: »In short, the focus only on dominant voices and their designation of security and threat is normatively problematic [...] [I]t pays insufficient attention to the means through which particular articulations of security and threat become possible: *how, for example, are marginal actors and their articulations of security silenced or marginalized?*« (McDonald, 2008, p. 575; Hervorhebung M. K.). Bei meiner Konzeptualisierung des postkolonialen Sicherheitsakteurs und meiner Analyse zur UPC wäre es nicht nur normativ problematisch, marginalisierte Artikulationen zu übersehen, sondern auch empirisch, da sich die Eskalation des Konfliktes nur erklären lässt, wenn die marginalisierten Stimmen berücksichtigt werden.

Für die Konzeption des postkolonialen Sicherheitsakteurs ist die Dynamik, in der ein Sicherheitssprechakt öffentlich wird, relevant sowie die Frage, wie und welchen Machtbeziehungen damit Ausdruck verliehen wird. Da politisch anerkannte Eliten institutionell bedingt bessere Chancen haben, einen Sicherheitssprechakt erfolgreich in einen *Versicherheitlichungsakt* zu verwandeln, sollen auch andere Formen der Repräsentation – wie etwa Bilder, performatives Sicherheitssprechen oder Schweigen – einbezogen werden. Über diese Formen der Repräsentation transportieren subalterne/marginalisierte Stimmen situiertes Erfahrungswissen; durch eine darauf ausgerichtete Analyse kann ich erfassen, wie Sicherheitssprechakte vor Ort wirkten und wie sich die Dynamik um Sicherheit in Kamerun entwickelte. Somit können Sicherheitssprechakte situative Deutungen, aber auch Handlungsoptionen sowie Machtstrukturen sichtbar machen. Entscheidend ist die symbolische Kommunikationsfunktion von Sicherheit, da Akteure Situationen, in denen sie sich real befinden, sinnhaft deuten. Die Fähigkeit zum tatsächlichen *Sprechen* von Sicherheit wird dabei vorausgesetzt, weiterhin auch, dass allen Akteuren die gleichen Möglichkeiten eingeräumt würden. Hansen (2000) weist jedoch empirisch und konzeptionell auf gesellschaftliche Hindernisse hin, die bedingen, dass subalterne Akteure eigentlich nicht fähig seien, Sicherheit und Unsicherheit zu artikulieren bzw. ihre Darstellungen in politische Verhandlungen einzubringen. Dieses *Silencing* und Marginalisieren subalternen Stimmen kritisiert auch Bertrand, die argumentiert, dass subalterne Akteure nicht versicherheitlichen könnten und *Versicherheitlichung* selbst, zumindest die Kopenhagener Lesart, kolonial sei (Bertrand, 2018). Der in meiner Arbeit untersuchte Akteur, die antikoloniale Partei UPC, kann indes weder als subaltern noch als stumm bezeichnet werden. Auch wurden im Falle der UPC kollektive und nationale Interessen und Bedrohungskonstruktionen berührt – es geht also nicht, wie bei Hansen, um individuelle Interessen, denen der Status kollektiver Interessen verweigert wird. Zudem bezieht meine Analyse auch Praktiken und symbolische Repräsentationen ein; deshalb benötige ich kein weiteres konzeptionelles »Dehnen«, um Hansens und Bertrands Kritik an der Kopenhagener Schule einzuarbeiten. Relevant für meine empirische Untersuchung ist allerdings Hansens (2000, p. 303) Argument, dass ein (Sicherheits-)Sprechakt nicht nur zwischen zwei bereits existierenden Subjekten entsteht, sondern dass umgekehrt Akteure und deren Handlungsspielraum auch über Sicherheitssprechen konstruiert werden können. Damit richtet Hansen den Fokus auf den konstitutiven Charakter von Sicherheit und öffnet die Analyse von *Versicherheitlichungen* für Sicherheitskörper und Sicherheitsperformanzen jenseits diskursiver Sprechakte. Gleichzeitig ist damit ein differenzierteres Verständnis postkolonialer Situationen möglich; indem die Binarität zwischen Sicherheitssprechen versus Referenzobjekt und zwischen Kolonisierer_innen versus Subalterne aufgelöst wird, wird eine wechselseitige Bedingtheit vorstellbar. Um situative Erfahrungen in Dekolonisierungsprozessen analytisch zu fassen, erweitere ich das Konzept des *Versicherheitlichungsak-*

teurs um das Moment der postkolonialen Subjektivierung. Postkoloniale Perspektiven auf Sicherheitsakteurschaft helfen, differenzierter auf Macht und Herrschaft zu blicken und postkoloniale Kontexte besser zu verstehen. Für die Konzeptionalisierung und Analyse des postkolonialen Sicherheitsakteurs UPC habe ich *Versicherheitslichungsansätze* um die Perspektiven der Subjektkonstitution (Butler, 2001, 1990), die durch *Othering* (Said, 1979) entsteht, sowie um Machtkonzepte, die koloniale Subjekte als handlungsfähig konstruieren (Bhabha, ([1994]2012), erweitert.

Postkoloniale Agency und Versicherheitlichung

Postkoloniale Literatur geht davon aus und zeigt, dass die Identität des kolonisierten Subjekts durch den Prozess des *Otherings* entsteht, welches different ist zur europäischen Idee und die *Anderen* nach Lacan (Žižek, 2001) vom eigenen unterscheidet. Said (1979) zeigt, wie im Rahmen westlicher Wissensproduktion Objektivierung und Subjektherstellung durch *Othering* funktionieren und wie der koloniale Diskurs die Idee, das koloniale Subjekt sei im Vergleich zum anderen, zum entwickelten Subjekt (Said, 1979) minderwertig, geschaffen hat. Durch diese koloniale Wissenskonstruktion wurde Europa diskursiv als Ausgangs- und Fluchtpunkt von Entwicklung identifiziert: Kolonialismus wurde damit gerechtfertigt, dass eine hegemoniale europäische Kontrolle über die Länder des *Globalen Südens* ausgeübt werden müsse, um deren Entwicklung und um Frieden und Sicherheit zu ermöglichen. Der koloniale Diskurs beinhaltet eine konstruierte Binarität, die in nur ganz bestimmte Akteursentwürfe und Handlungsoptionen zulässt – die der entwickelten, demokratischen Europäer_innen und die der unzivilisierten Anderen. Adressat_innen kolonialer Herrschaftspraktiken sind demnach diskursiv auf bestimmte Subjektivitäten festgeschrieben. *Agency* kann aus postkolonialer Perspektive daher nicht als gegeben betrachtet werden, sondern als eine Handlungskonstruktion, die sich innerhalb machtvoller Diskursformationen bildet. Damit verstehen postkolonialen Autor_innen die Frage nach Macht im Wesentlichen als eine Frage der Subjektherstellung. Daraus folgt für mich: Vermeintlich sicherheitsgefährdende Akteure, wie die UPC, sind nicht vordiskursiv oder objektiv bedrohlich, sondern sie werden semantisch erst hervorgebracht und mit entsprechenden Bezeichnungen belegt – wie Terrorist_innen, Oppositionelle oder Kommunist_innen –, die die erwartbaren Handlungsspielräume festlegen.

Von diesem Subjektverständnis ausgehend, war für meine Konzeption des Sicherheitsakteurs Derridas (1999, p. 298) Idee der *Iterabilität* von Bedeutung. Derrida sieht die wirklichkeitskonstituierende Kraft der Performativität in der stetigen Wiederholung (der *Iterabilität*), begründet, die sich mit Andersartigkeit in einer Bedeutungsverschiebung verbindet und vermischt. Butler (2001, 1991) verweist unter Nutzung des Iterabilitätskonzepts auf die Bedeutung von Performativität für die Subjektkonstitution (in ihrem Fall der Geschlechterbildung). Für Butler entfaltet

wiederholtes sprachliches Tun eine produktive und sinnstiftende Wirkung für soziosymbolische Realitäten, obwohl dieses Tun auf kontingenten sozialen Grundlagen operiert. Im Fall der Geschlechterhierarchie bedeutet dies, dass eine fortwährende Anrufung als *Mann* oder als *Frau* in binärer Opposition eine soziale Realität und Ordnung konstituiert. Diese Perspektive bietet Anschlussmöglichkeiten für das Konzept des postkolonialen Sicherheitsakteurs: Um als Akteur anerkannt zu werden, muss dieser von einem Außen konstituiert, determiniert und fortwährend als solcher angerufen werden – wodurch er sich überhaupt erst als Akteur materialisiert. Übertragen auf Kamerun lässt sich die stetige und wiederholte Anrufung der UPC als gewaltvolle Sicherheitsbedrohung als machtvolle Handlung der französischen Verwaltung verstehen – eine Handlung, die eine soziale Ordnung konstruierte. Die Reproduktion dieser Ordnung in der Anrufung funktioniert nicht wie ein geschlossener Kreislauf; es können vielmehr Bedeutungsverschiebungen stattfinden, die konstruierte Ordnung kann brüchig werden. Eben diese Verschiebungen und Brüche eröffnen Raum für politisches Handeln und die Subversion von Ordnungen (Butler, 1991, p. 79). So sieht Butler im nicht autorisierten Sprechen das subversive Potential des Performativen und die Möglichkeit für eine Veränderung der bestehenden Ordnung, da das Subjekt immer ein Teil jener Macht ist, gegen die es sich richtet (Butler, 1991, p. 213). Damit finden Veränderungen von Strukturen immer innerhalb derselben statt. Bezogen auf Kamerun lässt sich argumentieren: Im Laufe der Zeit etablierte sich eine spezifische Kommunikation über Sicherheit in der Ordnung des Treuhandsystems, die die UPC als Akteur anerkennt und die Handlungsmöglichkeiten und die Handlungsmacht der UPC definierte.

Handlungsmacht nach Bhabha

In Bhabhas Konzeption von Widerstand lassen sich drei zentrale Momente ausmachen. Im Bemühen der kolonialen Autorität um absolute Kontrolle wird offensiver Widerstand hervorgebracht (1). Zudem ruft eine sich stetig verschiebende Wiederholungspraxis der Autoritätsausübung als *mimikry* einen intransitiven, ungerichteten Widerstand hervor (2). Mit *Mimikry* beschreibt Bhabha ([1994]2012, p. 122) eine nur partielle Anpassung der Kolonisierten an das gewünschte Verhalten, wodurch ein Handlungsspielraum entstehe. *Mimikry* bedeutet, dass das Verhalten der kolonisierenden Macht nachgeahmt oder vielmehr gespiegelt und mit einem Element der eigenen Identität versehen wird. Auf diese Weise funktioniert *Mimikry* performativ, da stets eine neue Aushandlung zwischen Spiegelungsobjekt und Identität des_r Spiegelnden gefordert sei. In der kolonialen Situation müssen kulturelle Gewohnheiten, Annahmen, Institutionen sowie Werte- und Normorientierungen übernommen werden; durch kulturelles *Camouflage* gewinnen die unterdrückten Subjekte dabei neuen Handlungsspielraum: Die Möglichkeiten des Widerstands werde mit einem Schutzmantel umgeben, insofern Überleben und körperliche Si-

cherheit durch ein an die Kolonisierer_innen angepasstes Verhalten gewährleistet werde. Durch das gewünschte angepasste – absolut ähnliche – Verhalten entziehe sich das koloniale Subjekt der kolonialen Kontrolle. Die Anpassung bedeute jedoch nie eine bloße Reproduktion, sondern sei vielmehr eine verschwommene Kopie des Originals. Diese Kopie könne – und hier schließt sich der Kreis zu *Versicherheitlichung* – sehr bedrohlich für den Nachgeahmten, die Kolonialmacht, sein. Auf die Ambivalenz zwischen absoluter Ähnlichkeit und Möglichkeit des Widerstands unter einem Deckmantel reagiere die Kolonialmacht mit Angst und Bedrohungs-konstruktionen. Auch dass *Mimikry* meist Spott, Karikatur und Überperformen bedeutet, erweise sich für die koloniale Verwaltung als bedrohlich; vor allem jedoch werde die Unsicherheit geschaffen, ob im Zweifel die Kopie nicht besser als das Original funktioniere. In diesem spezifischen Moment bedeute *Mimikry* einen Bruch in der Sicherheit der Dominanzbeziehung zwischen Kolonisierer_innen und Kolonisierten (Bhabha, [1994]2012, p. 123). Übertragen auf Kamerun zeigen sich diese Unsicherheit und Angst vor einer zukünftigen Dominanz des Gegenübers in Sicherheitssprechakten: Je funktionsfähiger und mächtiger die UPC und ihr Vertretungsanspruch wurden, desto bedrohlicher wurde sie für die französische Verwaltung. So lässt sich schließlich der dritte Bhabha'sche Widerstandsmoment identifizieren: dass koloniale Subjekte durch die Konstruktion des Anderen zwangsläufig damit konfrontiert sind, dass es immer einen potentiellen Feind gibt, der die eigene Funktion und Rolle bedroht (3).

Bhabha betont aktiven (etwa im Konzept *Sly Civility*, Bhabha, [1994] 2012, p. 132) wie passiven Widerstand und zeigt mit *Mimikry*, *Camouflage* und Hybridisierung Techniken auf, die von Kolonisierten genutzt werden. Bhabha macht somit eine etwas stärkere Handlungsmacht aufseiten der Kolonisierten aus, als dies Fanon ([1961] 1981) oder Said (1979) tun⁴⁰, und er entwirft ein stabiles und souveränes Subjekt mit kreativer und performativer Handlungsmacht. Diese Handlungsmacht werde intersubjektiv hergestellt: Bhabha argumentiert, dass es kein Machtverhältnis ohne Handlungsmacht gebe. Auf diese Weise ist Macht bei ihm sowohl anstiftend als auch konstitutiv (Bhabha, [1994]2012, p. 72): Denn Handlungsmacht orientiert sich am diskursiven Kontext, das heißt, dass es eine enge Beziehung zwischen Handlungsmacht der Kolonisierten und dem Grad der Machtausübung seitens der Kolonisierer_innen gibt. Derridas (1999, p. 298) Idee der Wiederholung verweist in diesem Zusammenhang auf die Instabilität des Kolonialdiskurses, der fortwährend bestätigt und wiederholt werden muss, um fixiert und damit sicher für die Kolonialakteure zu werden. Diese zwanghaften Stabilisierungsversuche der Über-

40 So sieht Said (1979) in seinem bekannten Werk *Orientalism* das Subjekt als Effekt dominanter Diskurse, welches folglich kaum Handlungsmacht besitzt, um gegen hegemoniale Strukturen Widerstand zu leisten; während Subjektivität bei Fanon ([1961] 1981) sich vor allem aus dem Gegensatz Kolonisierer und Kolonisierte_r speist.

und Unterordnung werden durch Ängste und Unsicherheitsäußerungen als solche entlarvt. Das theatrale Imitieren verkommt, so Bhabha, zur Farce, denn keine_r der Beteiligten, weder Kolonisierer_innen noch Kolonisierte, wollen sich verändern oder unterdrücken lassen und verbleiben in diesem Sinne im Zustand »*Almost the same, but not quite*« (Bhabha, [1994]2012, p. 123). Das Bhabha'sche Handlungsmachtkonzept enthält weiterhin eine zeitliche Dimension (Bhabha, [1994]2012, p. 188), die für den postkolonialen Sicherheitsakteur von Bedeutung ist: Bhabha verweist bezüglich postkolonialer Handlungsmacht auf Spuren früherer Handlungen, die er als Zeitverzögerung oder nachträglichen Effekt beschreibt. Mit dieser zeitlichen Komponente betont er den dialogischen Prozess von Handlungsmacht, der situativ und unkalkulierbar verläuft und der auch zeitlich vorgelagerte Erfahrungen einbeziehen kann. Übertragen auf Kamerun zeigte sich dieser nachträgliche Effekt bspw. daran, dass sich die UPC an der Grenzziehung der deutschen Kolonialzeit orientierte und die deutsche Schreibweise des Wortes *Kamerun* in den ansonsten französisch- oder englischsprachigen Texten verwendete.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Bhabha die Mikrotechniken kolonialer Macht, die fügsame, ruhige koloniale Subjekte hervorbringen will, aufzeigt und damit die Grenzen des Handlungsspielraumes betont. Gleichzeitig betont er die Handlungsmacht der Kolonisierten und deckt die relationale Abhängigkeit zwischen den binären Polen – Kolonisierten und Kolonisierenden – auf, die durch die performativen Strategien (bspw. des *Mimikry*) unterwandert werden können. Damit wird Handlungsmacht eher als eine Verhandlung der Machtverhältnisse denn als Konfrontation in absoluter Differenz konzeptionalisiert (Bhabha, [1994]2012, p. 183). Subjektivierung ist bei Bhabha ein fortwährendes Herstellen einer Beziehung, koloniale Subjektivierung kritisiert er als Subjekt-/Untertanbildung (*subject formation*). Diese konzeptionellen Überlegungen werde ich nun empirisch illustrieren. Dazu zeige ich zunächst, wie sich die UPC als legitime Vertretung Kameruns konstruierte, um anschließend auf ihre Handlungsmacht als Sicherheitsakteur einzugehen, die die *Grammatik der Sicherheit* prägte.

6.2.2 Die UPC als postkolonialer Sicherheitsakteur

Die UPC gründete sich am 10.4.1948 innerhalb eines gewerkschaftlichen Umfeldes in Douala. Bereits in ihren Gründungstagen formulierte sie die zwei zentralen Ziele ihrer politischen Arbeit: die Wiedervereinigung der beiden Teile Kameruns und eine schnelle Entwicklung zur Unabhängigkeit ohne Beteiligung Frankreichs. Früh schon begann die Partei öffentlich für ihre Ziele einzustehen und organisierte Demonstrationen, Protesttätigkeiten und Streiks. Kurz nach ihrer Gründung wurde die UPC Mitglied der überregionalen Partei *Rassemblement Démocratique Africain*

(RDA)⁴¹. Im Januar 1949 wurde Ruben Um Nyobé zum Vizepräsidenten gewählt. Die Verbindung zur RDA wird als Hauptursache für die politischen Schwierigkeiten der UPC gesehen, da die RDA mit der kommunistischen Partei Frankreichs, der PCF, verbunden war (Joseph, 1977, p. 171). Zur Erreichung ihrer Ziele baute die UPC nach dem Vorbild der RDA eine interne Parteistruktur auf, mit den *comités de village* auf dem Land und den *comités de quartier* im städtischen Raum (LeVine, 1964, p. 147; Mbembe, 1996). Im Jahr 1950 fand in Dschang der erste Kongress statt, bei dem sich die UPC eine hierarchisch-pyramidenartige Organisationsstruktur gab. Als Basis der Pyramide fungierten die lokalen Komitees, von denen anfangs über die Hälfte in Sanaga-Maritime lokalisiert war. Auf der zweiten Stufe waren die Zentralkomitees zu finden, die die Funktion hatten, Anweisungen von den oberen Ebenen an die lokalen Komitees zu kommunizieren. Auf der dritten Ebene waren die Regionalkomitees, die die Mitgliedschaften in den Zentralkomitees koordinieren sollten. An der Spitze der Pyramide stand das *Zentrale Exekutivkomitee* (*Comité Directeur*), das vom Kongress der Partei gewählt wurde und ein Politbüro, ein Sekretariat sowie einen Schatzmeister umfasste (LeVine, 1964, p. 148). Die lokalen Komitees bildeten Administrationsstrukturen jenseits der französischen Verwaltung aus und übernahmen Aufgaben im Bildungsbereich, etwa die Aufklärung über UN-Strukturen, und Verwaltungsaufgaben der lokalen Gemeinden. Diese Parallelstruktur war möglich, weil die staatliche Durchdringung des Mandatsgebiets nicht die oberste Priorität der französischen Verwaltung war. Die UPC konnte sich so lokale Legitimität erarbeiten und sich als Massenbewegung darstellen – »staff headquarters where discussions are held, but a mass movement within which the large strata of the population can become conscious of their role in the struggle for national liberation [...]« (Résolution du Comité Directeur, *La pensée de Um Nyobé*, p. 25, zit. n. Joseph, 1977, p. 231). Die UPC arbeitete mit verschiedenen organisatorischen Einheiten, die jeweils verschiedenen strategischen Zielen dienten, und bildete kleinere Unterorganisationen, die nicht nur für die inhaltliche Arbeit, sondern auch für den Außenkontakt mit der UN oder die lokale Kommunikation zuständig waren. Diese Suborganisationen nutzte die UPC im Verlauf der Treuhandzeit immer wieder, um aus diesen vergleichsweise geschützten Positionen heraus für ihre Ziele zu kämpfen. Darüber hinaus konnte die UPC dadurch Einschränkungen demokratischer Grundfreiheiten aus einer Betroffenenperspektive heraus reklamieren, bspw. die Einschränkung der Pressefreiheit, der öffentlichen Meinungsäußerung und der Freiheit zur politischen Willensbildung. In den Jahren 1948 bis 1956 gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen der UPC und der Gewerkschaft U.S.C.C., die

41 Vereinigung der afrikanischen demokratischen Staaten. Sie gründete sich 1946 in Reaktion auf die fehlende Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen im französischen metropoliten System. Die Vereinigung stand zunächst der kommunistischen Partei Frankreichs nahe, distanzierte sich später jedoch von ihr.

mit der französischen Gewerkschaft CGT verknüpft war; insbesondere durch Um Nyobés persönliche Kontakte waren gewerkschaftliche und politische Arbeit eng verbunden. Während die UPC von der Verwaltung repressiv verfolgt wurde, stand die U.S.C.C. weniger stark im Fokus des französisch-administrativen Sicherheitshandelns.

Neben der eigentlichen Parteiarbeit zählte die Publikation von Presseartikeln zu den Tätigkeiten der UPC. So gab sie eine monatliche Zeitung, die *Voix du peuple du Cameroun*, heraus, nach 1955 kamen noch *L'étoile* (wöchentlich), *Lumière* (zweiwöchentlich) sowie *La Vérité* (als Jugendmagazin) hinzu. Finanziert wurde die UPC aus lokalen Quellen, sie erhielt keine Unterstützung von französischen oder sonstigen Parteien (Joseph, 1977, p. 231). Trotz ihrer vermutlich bescheidenen finanziellen Mittel gelang es der UPC, eine beachtliche Anzahl an Petitionen herauszugeben. Den Kern der UPC bildeten ungefähr 10 000 Aktive, insgesamt hatte sie über 20 000 registrierte Mitglieder und über 80 000 parteinahe Sympathisanten_innen (Joseph, 1977, p. 136). Auch wenn eine Verteilung über den gesamten Raum Kameruns angestrebt wurde, wird die Frage nach der tatsächlichen Repräsentation akademisch diskutiert (LeVine, 1964; Terretta, 2014, 2010): »What is the audience of the UPC? It is not easy to appreciate it only from the number of cards distributed, or besides those who adhere officially to the movement there is the larger mass of sympathizers who without a doubt, represent the vast majority of Camerounians« (Joseph, 1977, p. 240).

Als hauptsächliche Unterstützer_innengruppe der UPC kommen zunächst diejenigen Kameruner_innen in Betracht, die die sozialen und ökonomischen Veränderungen und Einschnitte seit 1945 zu spüren bekamen. Weitere Unterstützer_innen fand die UPC in den Gruppen der *évolués*⁴²: kamerunische Student_innen in Paris, Angestellte der Administration, Unternehmer_innen im privaten Sektor – kurzum diejenigen, die von der französischen Verwaltung am sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg gehindert wurden. Aujoulat (1960), ein katholisch-französischer Politiker in Kamerun, bemerkte: »The African civil servants, even if they refrain from declaring it openly, are, in general, won over to the UPC« (Joseph, 1977, p. 242). Faktisch wurde die UPC von der französischen Verwaltung als eine der Hauptbedrohungen für die friedliche Dekolonisierung konstruiert (siehe Kapitel 6.1.) – und damit als ein Schlüsselakteur der kamerunischen *Staatsbildung*. Zur Zeit der ersten *Visiting Mission* 1949 war die UPC, mit ihrem inhaltlichen Programm, die am besten organisierte Partei Kameruns.

Bezüglich Parteistruktur und Sicherheitskonstruktionen ist das Wirken von Ruben um Nyobé, der als langjähriger Generalsekretär der Partei in der UPC-Führungsriege eine Sonderstellung einnahm, herauszustellen. Seine Rolle und

42 Übersetzung: die Aufsteiger.

sein Einfluss prägten nicht nur militärische Strategien, sondern auch die inhaltlichen Positionen upécistischer Politik. In parteipolitischer Hinsicht agierte Um Nyobé strategisch; er versuchte die UPC inhaltlich vom Vorwurf des Kommunismus zu befreien, den er als Hauptgrund für die Repressalien der französischen Verwaltung ansah:

»Nous militantes de ce grand mouvement que l'on accuse fausement d'être communiste, nous acceptons la répression avec courage et déclarons que la prison, les injustices, les affectations spectaculaires et l'exploitation systématique de notre pays, ne nous ferons pas renoncer à notre idéal« (Renseignement de Sécurité, 5.–12.3.1955, ANOM DPCT 27).⁴³

Um Nyobé problematisierte die Zuschreibung einer kommunistischen und in diesem Sinne partikularen Ausrichtung der UPC bereits 1950 beim ersten Parteikongress in Dschang: »They treat us as communist, but everyone knows that we are not a communist party. We do not say this because we detest communists, or that we fear becoming communists, but because we believe that the struggle for our national liberation cannot be reduced to a particular ideology« (Aseh, 2016, p. 28). Damit zeigte Um Nyobé, dass er sich der Schwierigkeiten sehr bewusst war, die mit einem offenen Bekenntnis zu kommunistischen Ideen einhergehen würden, aber auch den Wunsch, sich der einseitigen Zuschreibung zu entziehen. Um Nyobés eigene politische Philosophie folgte einer sozialistischen Agenda, womit er das Parteiprogramm der UPC prägte. Er vertrat die Idee des *Pancameroonismus* – angelehnt an den Panafrikanismus⁴⁴ – und reihte den Kampf der UPC in die internationalen antikolonialen Befreiungskämpfe ein.⁴⁵ Auf diese Weise entwarf Um Nyobé eine politische Grundhaltung, die zwischen einer Internationalisierung und einer Kamerunisierung navigierte. Ruben Um Nyobés Erschießung im Jahr 1958 brachte den Widerstand im *maquis* quasi zum Erliegen. Sein Tod wurde heroisiert und als Anklage für Kolonialverbrechen genutzt, letztlich ohne Erfolg. In einem Nachruf

43 Übersetzung: »Wir, Aktivist_innen dieser großen Bewegung, die man fälschlicherweise beschuldigt, kommunistisch zu sein, wir akzeptieren tapfer die Unterdrückung und erklären, dass das Gefängnis, die Ungerechtigkeiten, die spektakulären Einberufungen und die systematische Ausbeutung unseres Landes uns nicht von unserem Ideal abbringen werden.«

44 Panafrikanismus bedeutet die globale Zusammengehörigkeit aller Schwarzen/afrikanischen Menschen, unabhängig von ihrer Ethnie oder Nationalität.

45 »If we do not engage ourselves in politics, which consist of fighting by all means, and in all forms, for the emancipation of our country, we leave the field free for the colonialists to carry out their political criminality, to practice force labour, indégenat, shameless exploitation of our riches and the imprisonment and assassination of our people. Today all people of goodwill have understood that freedom is gained only by fighting for it, and there we are not alone. Throughout the whole world the forces of democracy are fighting victoriously against the forces of oppression and imperialism [...]« (Aseh, 2016, p. 32).

beschreibt Abel Kingué Um Nyobé als unsterblich und stellte sein Engagement sowie seine politischen Fähigkeiten und Ideen heraus (Le Patriote, En Hommage à Ruben Um Nyobé, 13.9.1961, ADSS Bte 31).⁴⁶ Für die UPC waren zu diesem Zeitpunkt Auflösungserscheinungen und Zersplitterungen kennzeichnend; dabei ging es vor allem um Fragen des Verrats von Um Nyobés Versteck und der zukünftigen inhaltlichen Ausrichtung (bspw. in *La Voix du Kamerun*, XII 1960 – I 1961, ADSS Bte 31).

6.2.3 Vom Freiheitskampf zum Terrorismus: Dynamiken um postkoloniale Sicherheit

Im Folgenden zeige ich, auf welche Weise die UPC über das Moment Sicherheit Handlungsspielräume schuf. Dafür gehe ich insbesondere auf deren Strategien und Sicherheitspraktiken ein, die ich nach Vuori (2008) funktional ausgewertet habe.

Agendasetting: Eine Vision für Kamerun

Seit Beginn der Treuhandzeit konstruierte die UPC die französische Verwaltung als eine koloniale Macht – und damit als eine nicht legitime Vertretung der kamerunischen Gesellschaft und gefährlich für die Selbstbestimmung des Landes. Anfangs nutzte die UPC friedliche Mittel, später auch gewaltvolle, um die Bedrohung, die von der französischen Verwaltung ausging, auf die Agenda der internationalen Gemeinschaft zu setzen. Es war das politische Hauptziel der UPC, eine kamerunische Nation zu schaffen, die alle ethnischen⁴⁷ und sprachlichen Gruppierungen

46 Dazu: »Ruben Um Nyobé était la figure la plus saillante de l'Afrique combattante. Il était connu à l'échelle internationale tant pour ses brillantes interventions aux Nations-Unies que pour ses multiples conférences de presse tenues à Paris sur la situation politique du Kamerun en particulier, et sur l'avenir de l'Afrique en général. Rubèn Um Nyobé était d'une éloquence exceptionnelle. À l'ONU en 1954, il fit une intervention qui fera date dans l'histoire du Kamerun. Quand on lui posait une question orale, il répondait avec une facilité qui étonnait tous les délégués. De nombreuses questions lui avaient été posées par plusieurs délégations non pour l'embarrasser, mais surtout parce qu'elles voulaient l'entendre parler.« Übersetzung: »Rubèn Um Nyobé war die hervorstechendste Figur des kämpfenden Afrikas. Er war auf internationaler Ebene sehr bekannt für seine brillanten Redebeiträge bei den Vereinten Nationen sowie für seine zahlreichen in Paris abgehaltenen Pressekonferenzen zur politischen Situation in Kamerun im Besonderen wie zur Zukunft Afrikas im Allgemeinen. Rubèn Um Nyobé war von außergewöhnlicher Eloquenz. Bei den Vereinten Nationen im Jahr 1954 leistete er einen Beitrag, der in die Geschichte Kameruns einging. Wenn man ihm eine mündliche Frage stellte, antwortete er mit einer Leichtigkeit, die alle Delegierten erstaunte. Zahlreiche Fragen mehrerer Delegationen wurden ihm gestellt, nicht um ihn zu demütigen, sondern vor allem weil sie ihn sprechen hören wollten« (Le Patriote, En Hommage à Ruben Um Nyobé, 13.9.1961, ADSS Bte 31).

47 Mit ethnischer Zugehörigkeit wird im Folgenden auf Gruppenzugehörigkeiten verwiesen, die über Abgrenzung entlang von Sprache, Herkunft oder Religion gebildet werden, und die zwar

Kameruns vereint. Dies untergrub die Politik der französischen Verwaltung, die Partikularität dafür nutzte, die Ausbreitung einer nationalistischen Politik in Kamerun zu verhindern. In ihrer Zielsetzung wurde die UPC stark beeinflusst von den kontextuellen Bedingungen des UN-Treuhandmandats sowie von den Entwicklungen im Treuhandgebiet Togo, das durch die *Ewe-Problematik*⁴⁸ zu Beginn der 1950er Jahre im Treuhandrat viel Aufmerksamkeit bekam. In ihren Publikationen gab die UPC wiederholt folgende Ziele ihrer politischen Agenda aus: die sofortige Unabhängigkeit von Frankreich; die Wiedervereinigung mit dem britischen Teil; die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Kamerun mit einer umfassenden Amnestie-Regelung. Grund und Anlass für die Gründung der UPC war die bisherige koloniale Erfahrung und der Wunsch nach mehr Beteiligung in ökonomischen, politischen und sozialen Belangen in Form eines eigenen souveränen Staates gewesen. Dies stand in Konflikt mit den Plänen der französischen Verwaltung, die Kamerun als integralen Bestandteil des französischen Territoriums betrachtete: Kamerun sollte ohne Unterschied zu den restlichen Kolonien in die *Französische Union*⁴⁹ einbezogen werden. Im Gegensatz dazu vertrat die UPC die Ansicht, dass die UN-Treuhandsituation lediglich dem Zweck dienen sollte, das Territorium auf die Selbstverwaltung und die Unabhängigkeit vorzubereiten; entsprechend betonte die Partei stets die Unabhängigkeit von Frankreich. Weiterhin forderte die UPC die Wiedervereinigung mit dem britischen Teil und damit das Wiedereinsetzen der Grenzen des vormaligen deutschen Kolonialgebiets, was sie in ihren Publikationen immer wieder durch Nutzung des deutschen Wortes *Kamerun* (anstelle des französischen) deutlich machte. Die Forderung nach Amnestie, also nach einem Gnadenerlass für politische Gefangene, wurde erst im Verlauf des Konflikts als politisches Thema relevant – insbesondere kurz vor der Unabhängigkeit, als UPC-Mitglieder teilweise durch lange Haftstrafen vom politischen Prozess ausgeschlossen wurden. Bis 1955 entwickelte die UPC die Vision eines vereinten und unabhängigen Kameruns. In der Praxis knüpfte sie dafür intensive Kontakte zum britischen Teil. Außerdem erarbeiten sie sich eine unabhängige diplomatische Repräsentation bei der UN, entgegen französischer Bemühungen, und baute eine Paralleladministration in Kamerun auf und aus.

konstruiert, aber gesellschaftlich wirkmächtig sind (Lentz, 2000). Viele Akteure in Kamerun erklären und thematisieren damit innergesellschaftliche Konfliktmuster (Mehler, 1993).

48 Gemeint ist die Problematik, die aus der kolonialen Teilung der Gruppe der Ewe-sprechenden Menschen resultierte: die koloniale Grenzziehung zwischen Ghana und Togo, die sie entzweite, und deren potentielle Wiedervereinigung, sei es durch die Vereinigung von Ghana und Togo oder die Aufnahme des entsprechenden Gebietsteils von Ghana.

49 Die Französische Union (Union française) umfasste in der 4. Französischen Republik als politische Einheit auch den Verbund der französischen Kolonien und Treuhandgebiete.

Agendasetting: Die Kolonialmacht als Bedrohung der Sicherheitslage

Bereits zum Zeitpunkt der Parteigründung sah die französische Verwaltung in der UPC eine Bedrohung. Umgekehrt stellte aus upécistischer Perspektive die französische Verwaltung eine Bedrohung für Kameruns Zukunft dar. Aufgrund ihrer politischen Positionierung und wegen ihrer Nähe zu anderen antikolonialen Bewegungen wurde die Partei bereits in den Gründungsjahren Ziel repressiver Sicherheitstaktiken der französischen Verwaltung. Beispielsweise wurden Treffen gestört, aufgelöst oder verboten, wodurch auch Aktivist_innen verletzt wurden, Wohnungen wurden durchsucht, Bücher, Zeitungen und Broschüren konfisziert (siehe Kapitel 6.1.). Solcherlei Einschränkungen und die Spannungen zwischen UPC und französischer Verwaltung wurden vielfach intern dokumentiert und in eigenen Publikationen öffentlich kommuniziert. Die Politiker Abel Kingué und Sakee Kamen schildern die Situation folgendermaßen: »Party militants and the Administration were involved in a state of conflict which was only a few steps removed from all-out warfare« (Joseph, 1977, p. 173). Während des zweiten Parteikongresses in Eseka am 30.9.1952 formulierte die UPC folgende konkrete politische Ziele, die den weiteren Verlauf der Treuhandzeit prägen sollten: die Errichtung einer funktionierenden Verwaltung in Kamerun; der Aufbau einer legislativen Versammlung; der Aufbau eines Regierungsrates mit Repräsentant_innen aus dem ganzen Land, wovon 4/5 Kameruner_innen sein sollten; die Abschaffung des Treuhandabkommens, das den Status Kameruns in einer ambivalenten Situation halte; die Festlegung eines fixen Datums für die Unabhängigkeit Kameruns (Aseh, 2016, p. 37). Zur Wiedervereinigungsfrage gab es in UPC 1953 intern ein kleines Referendum, das die Forderung auf Organisationsebene legitimierte.

Der Zustand der Unsicherheit, der durch das Handeln der französischen Verwaltung geschaffen wurde, wurde von der UPC häufig reklamiert. In unzähligen Petitionen wurden die Gewalt der Verwaltung, Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der Grundfreiheiten angezeigt; in Sicherheitssprechakten wurden dem die elementaren Ziele der UPC entgegengesetzt. Auch in persönlichen Stellungnahmen wurde die Atmosphäre der Repression beschrieben, wie Um Nyobé vor der vierten Kommission im Dezember 1953: Er berichtete von den Problemen, die ihm bei der politischen Arbeit begegneten, von Visa-Problemen sowie von dem Versuch, ihn am 25.3.1953 in Foumban zu töten. Das Bild, das die UPC mit ihren Petitionen, Publikationen, Stellungnahmen und Presseartikeln von der Situation in Kamerun zeichnete, glich eher dem einer kolonialen Verwaltung denn einem UN-Treuhandgebiet, für das im Treuhandabkommen viele Freiheiten vereinbart und die Gültigkeit der UN-Menschenrechte vorausgesetzt wurden. Die UPC verfolgte mit ihren Sicherheitssprechakten ein spezifisches *Agendasetting*, um auf die Ambivalenz der Situation aufmerksam zu machen: Kamerun sei zwar ein französisch verwaltetes UN-Treuhandgebiet, in dem demokratische Strukturen aufge-

baut werden sollten, entspreche auf der Erfahrungsebene vor Ort aber einer weiteren französischen Kolonie. Dieses Bild der französischen Verwaltung als kolonialer Apparat, der mit demokratischen Abläufen bricht, wurde bei der UN und in Kamerun stetig wiederholt. Um Nyobé beispielsweise lieferte folgende kritische Analyse:

»They finally decided to institute some elected democratic organs in conformity with the Charter of the United Nations, the Trusteeship Agreement, and the relevant resolutions of the General Assembly of the United Nations. But they found it necessary, before establishing these democratic institutions in the country, to suppress the most essential democratic freedoms. Since then, any reform considered by the administrative power has been unpopular and suspect« (Joseph, 1977, p. 249).

Um Nyobé stellte den Kampf der UPC in eine Reihe mit anderen Dekolonisierungskämpfen und inhaltlich in den Kontext der panafrikanischen Bewegung (ADSS Bte 31).⁵⁰ Das Referenzobjekt, ein unabhängiges Kamerun, wurde damit an ein höhere Ziel geknüpft – die Befreiung und Einheit aller afrikanischen Länder: »La lutte pour l'unité du Kamerun est aussi la lutte pour l'unité de l'Afrique« (*La Voix du Kamerun*, Octobre 1961, p. 6, ADSS Bte 31).⁵¹ Dies zeigt sich auch symbolisch in der Flagge der UPC, einem Krebs auf rotem Untergrund (ADSS Bte 31).⁵² Zur Veranschaulichung der kolonialen Bedrohung wurden alle Gewalttaten der Verwaltung aufgelistet und veröffentlicht. Im Sinne von *mimikry* imitierte die UPC die Sicherheitsstrategien der französischen Verwaltung, insofern die spezifische statistische Aufbereitung der Informationen den Sicherheitsberichten der Verwaltung glich:

50 Dazu: »Solidarité anti-impérialiste – La lutte kamerunaise pour l'indépendance [...] pour la paix contre la guerre et la propagande belliciste, pour la conclusion d'un pacte de paix entre les cinq grandes puissances, contre la fausse propagande qui consiste à présenter une nouvelle guerre mondiale comme un moyen pour l'émancipation des peuples colonisés.« Übersetzung: »Anti-imperialistische Solidarität – der kamerunische Kampf für die Unabhängigkeit [...] für den Frieden, gegen den Krieg und die verherrlichende Kriegspropaganda, für den Abschluss eines Friedenspaktes zwischen den fünf großen Mächten, gegen die falsche Propaganda, die darin besteht, einen neuen Weltkrieg als ein Mittel zur Emanzipation der kolonisierten Völker zu präsentieren.«

51 Übersetzung: »Der Kampf für die Einheit von Kamerun ist auch der Kampf für die Einheit von Afrika.«

52 Dazu: »Jour pour jour le peuple kamerunais adopte sur la proposition du camarade Ernest Ouandié et moi-même son drapeau national: rouge du sang de notre sœur Marie Ngo Yock, crabe d'où est tiré le nom Kamerun, noir parce que notre pays est un territoire de l'Afrique dite Noire.« Übersetzung: »Tag für Tag nimmt das kamerunische Volk den Vorschlag von dem Genossen Ernest Ouandié und mir selbst für eine Nationalflagge stärker an: rot durch das Blut unserer Schwester Marie Ngo Yock; die Krabbe, von der der Name Kamerun stammt; schwarz, weil unser Land ein Territorium des sogenannten Schwarzen Afrikas ist.«

»Nazisme et Attila au Kamerun! 12/7/57 – ou les enfants ont été arrêtés, tous les autres ont été égorgés et jetés dans le fleuve Wouri. 8/11/57 300 hommes retenus dans le Camp de concentration, 5/1/58 – 30 femmes arrêtées et violées, 15/1/58 – plus de 60 personnes arrêtées et enfermées dans une maison, ont été brûlées avec de l'essence par des militaires français. Un nouveau traitement des prisonniers politiques a été créé, celui de leur faire avaler beaucoup de sel et boire de l'urine« (*La Voix du Kamerun* 1958, ADSS Bte 31).⁵³

Auf diese Weise beanspruchte die UPC eine parallele Repräsentation gegenüber dem französischen Gewaltmonopol, zugleich setzte sie die Gewalt der französischen Verwaltung auf die Agenda. Dabei wurde die Gewalt der französischen Autoritäten in eine Reihe mit Kolonialverbrechen gestellt: »Même si le Kamerun n'était pas un territoire sous tutelle, l'implantation franco-britannique date à peine de 42 ans. Et elle est faible: 16.000 Européens contre 5 millions d'autochtones. Donc pas de problème de minorité européenne« (*La Voix du Kamerun* 1958, ADSS Bte 31).⁵⁴ Zu der Zeit herrschte in Kamerun bereits eine Atmosphäre der Gewalt und Repression, wie sie Kingué in einem Brief beschreibt. Besonders stellt er auch die Gefährdung einzelner Personen heraus, sowie die direkte Beteiligung französischer Autoritäten:

»Cher camarade, la répression actuellement menée au Cameroun par le Gouverneur des Colonies Roland PRE vise à noyer les revendications de notre peuple dans le sang. Les tracts et copies des télégrammes que tu trouveras ci-joints te permettent de te situer sur le climat qui règne au Cameroun. En effet, le Nord-Cameroun et la Région Bamiléké sont choisis comme centres d'action. Les militants de notre Mouvement de ces régions vivent dans l'insécurité totale. [...] A Bouda et à Bafoussam la vie de Ruben Um Nyobé, Kingué Abel et nombreux militants de l'UPC a été menacé par des mercenaires anciens repris de justice qui déclaraient avoir reçu l'ordre de M. Borne, chef de la région Bamiléké pour tuer Ruben Um Nyobé et Kingué Abel. Il convient de souligner que Roland Pré se trouvait dans la Région. Il est même question d'incarcérer Ruben Um Nyobé avant la fin du mois en cours. Mais notre peuple est décidé de se libérer de l'oppression française. Nous pensons qu'il serait préférable que la peuple de France soit informée de ces

53 Übersetzung: »Nazismus und Attila in Kamerun! 12/7/57 – wo Kinder festgenommen wurden, allen anderen wurde die Kehle aufgeschnitten und sie wurden in den Fluss Wouri geworfen. 8/11/57 300 Menschen im Konzentrationslager festgehalten, 5/1/58 – 30 Frauen verhaftet und vergewaltigt, 15/1/58 – mehr als 60 Personen wurden festgenommen und in einem Haus eingesperrt, von französischen Militärs mit Benzin verbrannt. Eine neue Behandlung politischer Gefangener wurde eingeführt, bei der diese viel Salz schlucken und Urin trinken müssen.«

54 Übersetzung: »Obwohl Kamerun kein Treuhandgebiet war, ist die französisch-britische Ansiedlung kaum 42 Jahre alt. Sie ist schwach: 16 000 Europäer gegen 5 Millionen Einheimische. Also kein Problem für die europäische Minderheit.«

crimes colonialistes« (Brief von Abel Kingué an Louis Odru, 14.4.1955, ADSS Bte 31).⁵⁵ (Hervorhebung M.K.)

In diesem, aber auch in anderen Briefen lobte Moumié die Moral der Bevölkerung angesichts der gewaltvollen Atmosphäre und betonte gleichzeitig, wie wichtig der Kampf um internationale Unterstützung und Aufmerksamkeit sei (Brief von Moumié an Louis Odru, 27.4.1955). In anderen Briefen deutet sich eine Intensivierung der Unsicherheit an, die Situation der Kämpfer_innen im *maquis* schien immer bedrohter, der Kampf immer gewaltvoller (Brief von Ruben Um Nyobé an Louis Odru, 14.4.1955, ADSS Bte 31).⁵⁶ Um Nyobé schien dabei besonders gefährdet: »Quant à Ruben Um Nyobé, il continue à vivre dans le *maquis*. Roland Pré lui en veut à mort. Il est convoqué à comparaître devant le Juge d'instruction Cau pour le vendredi 13 Mai à Douala« (Moumié an Odru, 7.5.1955, ADSS Bte 31).⁵⁷

Legitimierung vergangener Handlungen: Die Ereignisse des Mai 1955

Im Vorfeld der *Ereignisse vom Mai 1955* erließ die französische Verwaltung ein Dekret erlassen, das allen administrativen Mitarbeiter_innen erlaubte, Waffen zu tra-

55 Übersetzung: »Lieber Kamarad, die aktuelle Repression in Kamerun, angeführt vom Gouverneur der Kolonien, Roland Pré, zielt darauf ab, die Forderungen unseres Volkes im Blut zu ertränken. Die Flugblätter und Kopien der Telegramme, die du anbei findest, erlauben dir, dich hinsichtlich des Klimas, das in Kamerun herrscht, zu positionieren. In der Tat wurden Nord-Kamerun und die Region Bamileke als Zentren der Maßnahmen gewählt. Die Aktivisten unserer Bewegung aus diesen Regionen leben in vollkommener Unsicherheit. [...] In Bouda und Bafoussam wurde das Leben von Ruben Um Nyobe, Kingué Abel und vielen UPC-Kämpfern von ehemaligen Söldnern bedroht, die erklärten den Mordbefehl Ruben Um Nyobe und Kingué Abel von M. Borne, dem Vorsteher der Region Bamileke, erhalten zu haben. Es sei darauf hingewiesen, dass Roland Pré in der Region war. Es ist sogar die Rede davon, Ruben Um Nyobé vor Ende dieses Monats inhaftieren zu lassen. Aber unser Volk ist entschlossen, sich von der französischen Unterdrückung zu befreien. Wir denken, es wäre besser, wenn die Menschen in Frankreich über diese kolonialistischen Verbrechen informiert würden.«

56 Dazu: »Ici la lutte anti-colonialiste prend un caractère de plus en plus aigu comme tu le verras dans les tracts qui te seront communiqués. Mais le moral des populations est excellent et nous avons de bonnes raisons de croire en la victoire de notre cause. Je t'envoie le communiqué des Evêques du Cameroun et tu y verras ainsi que le haut Clergé est obligé de reconnaître l'aspiration du peuple camerounais à l'indépendance.« Übersetzung: »Hier gewinnt der antikoloniale Kampf mehr und mehr an Schärfe, wie du in den Flugblättern, die dir weitergegeben werden, sehen wirst. Aber die Stimmung der Bevölkerung ist ausgezeichnet und wir haben gute Gründe, an den Sieg unserer Sache zu glauben. Ich schicke dir die Mitteilung der Bischöfe von Kamerun, und dort du wirst sehen, dass der hohe Klerus verpflichtet ist, die Bestrebungen des kamerunischen Volkes nach der Unabhängigkeit anzuerkennen« (Brief von Ruben Um Nyobé an Camarade Louis Odru, 14.4.1955, ADSS Bte 31).

57 Übersetzung: »Was Ruben Um Nyobé betrifft, er lebt weiterhin im Untergrund. Roland Pré will seinen Tod. Er ist einberufen, vor dem Untersuchungsrichter Cau zu erscheinen am Freitag, den 13. Mai in Douala.«

gen und politische Treffen aufzulösen, womit sie eine Verschärfung der Sicherheitssituation kommunizierte. Dieses Dekret vom 19.2.1955 beförderte die Eskalation der Situation massiv und beeinträchtigte die UPC in ihrer politischen Arbeit. Gleichzeitig stiftete die Verwaltung Gegner_innen der UPC an, Stellung zu beziehen und öffentlichkeitswirksam aktiv zu werden. Diese beiden Strategien bewirkten in der ersten Hälfte des Jahres 1955 eine Vielzahl gewalttätiger Zusammenstöße und Demonstrationen von Gegner_innen und Befürworter_innen der Mandatsverwaltung. Diese Unruhen wiederum gaben der Verwaltung einen Grund, die politische Handlungsfähigkeit der UPC einzuschränken. Die UPC kommunizierten die Unsicherheit und die repressiven Einschränkungen in der Öffentlichkeit. In Bezug auf die angespannte Situation und die Sicherheit seiner Person sagte Um Nyobé am 17.4.1955: »I expect to be imprisoned before the end of April. [...] in that case I shall no longer be here to calm the people's anger. We must then expect bloodshed, in which case the colonialist Government will seek to suppress our claims« (Joseph, 1977, p. 283). Diese Aussage wiederum wurde von der französischen Verwaltung intern und ebenso im UN-Treuhandrat benutzt, um die Gewalttätigkeit und Gefährlichkeit der UPC zu belegen. Die *Ereignisse vom Mai 1955* stellten auch für die UPC ein Schlüsselmoment dar, auf den sie sich im Verlauf des Konflikts immer wieder bezogen, um ihre eigenen Aktionen zu legitimieren. Im Unterschied zur französischen Verwaltung sah die UPC in den Demonstrationen jedoch ein Moment der Befreiung von kolonialer Unterdrückung: »Rester Fidèle au Peuple – L'année 1955 a été l'année de libération des peuples coloniaux« (*La Voix Du Kamerun* November 1965, p. 3, ADSS Bte 31).⁵⁸ Auch andere Presseerzeugnisse bestätigten die Bedeutung des Jahres 1955 als Eskalationsmoment; gleichzeitig wurde stets die Rolle der UN betont, die in der Treuhandsituation eigentlich Gewaltfreiheit sicherstellen sollte:

»L'année 1955 a été ainsi une année décisive, qui nous a permis la meilleure mobilisation de nos forces et la répudiation du régime colonial qui rongé notre peuple depuis 70 ans. [...] Nous avons encore confiance en l'ONU et à tous les démocrates français qui résident dans notre pays. Nous adressons aux colons, fonctionnaires, avocats et médecins français qui habitent le Kamerun un vibrant appel de compréhension et les convictions à nous rejoindre car nous savons que la lutte que

58 Weiter: »Déjà à l'horizon pointent les signes précurseurs de notre réussite. Nous le prouverons plus bas. Qu'il nous suffise de réaffirmer, face au monde entier, notre détermination d'enrayer jusqu'à sa crypte le régime colonial franco-britannique.« Übersetzung: »Bleibt dem Volk treu – das Jahr 1955 ist das Jahr der Befreiung der kolonialen Völker gewesen. Am Horizont ragen bereits die Vorboten unseres Erfolges empor. Wir werden es später beweisen. Es genügt uns, vor der ganzen Welt, unsere Entschlossenheit, das französisch-britische Kolonialregime zu Grabe zu tragen, erneut zu bekräftigen« (*La Voix Du Kamerun* November 1965, p. 3, ADSS Bte 31).

nous menons ne va pas à l'encontre de leurs l'intérêts dans la mesure où ils restent convaincus que la grandeur de la France ne se trouve pas dans la politique de bataillon des fusils et de l'arbitraire»⁵⁹ (La Voix Du Kamerun November 1965, p. 3, ADSS Bte 31).⁶⁰

Nach den *Ereignissen vom Mai 1955* fand eine *Visiting Mission* statt. Deren Ausführung und abschließender Bericht enttäuschte die UPC (Brief von Felix-Roland Moumié an Camarade Pierre Braun, Paris 2.2.1956, ADSS Bte 31), die sich von der UN eine Durchsetzung der Menschenrechte erhofft hatte. Die Frustration rührte vor allem daher, dass die sozioökonomischen Ursachen für die *Ereignisse vom Mai*

59 Weiter: »Ils se rendent déjà compte avec la cuisante défaite d'Aujoulat et la non élection d'un Ahidjo présenté sous coupole de Roland Pré, que le gouverneur à poigne Roland Pré a fait fiasco dans sa politique de répression sauvage et sanguinaire. Les colons savent qu'il ne coûte rien à Roland Pré de saper les intérêts du Kamerun et ceux des colons, sachant qu'un gouverneur est interchangeable donc éphémère d'existence. Le salaire de Roland Pré en dépit du déficit budgétaire ne diminuera jamais: par contre les crises politiques, le marasme social, la répression aggravent les déficits des colons et leur créent un déséquilibre économique. Nous avons encore foi que les colons puisant à la source de cette situation, comprendront qu'il ne sert à rien de soutenir un homme qui cause la ruine de tout le monde. L'année 1956 est une année du choix, comme l'avait écrit »Danger Aujoulat«. Et notre peuple a su choisir. Résultat? Aujoulat est tombé essayant un cuisant échec, un échec apoplectique.«

60 Gesamte Übersetzung: »Das Jahr 1955 war auf diese Weise ein entscheidendes, das uns die beste Mobilisierung unserer Streitkräfte und die Verstoßung des Kolonialregimes, das unser Volk seit 70 Jahren zermüht, erlaubt hat. Im Laufe des Jahres 1956 müssen wir unsere Streitkräfte durch eine große Nationalunion besser vereinen und in die entscheidende Phase der Schlacht eintreten. Noch haben wir Vertrauen in die Vereinten Nationen und in die französischen Demokraten, die in unserem Land ansässig sind. Wir richten an die französischen Kolonisten, Funktionäre, Anwälte und Mediziner, die in Kamerun leben, einen leidenschaftlichen Aufruf des Verständnisses und der Überzeugung, uns beizutreten, denn wir wissen, dass der Kampf, den wir führen, nicht gegen ihre Interessen ist, insofern sie überzeugt bleiben, dass die Größe Frankreichs nicht in einer Politik der Schlacht der Waffen und der Willkür zu finden ist. Mit der Niederlage von Aujoulat und der Nichtwahl von Ahidjo, der unter der Kuppel von Roland Pré präsentiert wurde, bemerken sie bereits, dass der starke Gouverneur Roland Pré mit seiner fürchterlichen und blutrünstigen Unterdrückungspolitik vollkommen gescheitert ist. Die Kolonisten wissen, dass es Roland Pré nichts kosten wird, die Interessen Kameruns und diejenigen der Kolonisten zu untergraben, in dem Wissen, dass ein Gouverneur austauschbar und dadurch vergänglich in seiner Existenz ist. Das Gehalt von Roland Pré, trotz des Haushaltsdefizits, wird sich nie verringern: Die politischen Krisen hingegen, der soziale Stillstand, die Unterdrückung verschlimmern das Defizit der Kolonisten und verursachen ein ökonomisches Ungleichgewicht. Wir haben noch den Glauben, dass die Kolonisten, die aus der Quelle dieser Situation schöpfen, verstehen werden, dass es nichts bringt, einen Mann zu unterstützen, der den Ruin der gesamten Welt verursacht. Das Jahr 1956 ist ein Jahr der Wahl, wie »Danger Aujoulat« geschrieben hat. Und unser Volk hat gewählt. Ergebnis? Aujoulat ist gefallen, ein brennendes Scheitern, ein apoplektisches Scheitern erlebend.«

1955 international keine Beachtung fanden. Weiterhin kritisierte die UPC, dass weder die kontextuellen Ursachen der oppositionellen Gewaltanwendung einbezogen noch die unverhältnismäßig heftige quasi-staatliche Gewalt seitens der französischen Verwaltung thematisiert wurde. Mit einer Vielzahl upécistischer Sicherheits-sprechakte versuchte die UPC, ihr Handeln zu legitimieren.

Der Wahlboykott 1956 als Beanspruchung von Repräsentation und Kontrolle

Nach ihrem Parteiverbot (siehe Kapitel 6.1.) bot die Zeit zwischen 1955 und den kamerunweiten Wahlen im Dezember 1956 einen *Möglichkeitsraum* für die UPC. In dieser Zeit verfolgte die Partei eine janusköpfige Strategie: einerseits den *guerre révolutionnaire* im Untergrund, andererseits diplomatische Bemühungen, mit denen sie wieder einen legalen Status erreichen wollte. Im Kontext der Wahlen 1956 setzte die UPC auf die Frage der Il-/Legitimität. Dafür nutzte sie die Strategie des Wahlboykotts in der Hoffnung, dass – sofern eine möglichst breite Mobilisierung gelänge – die Legitimität der Wahlen international angezweifelt würde. In damaligen UPC-Publikationen ist die Rede von *Élections sous la Terreur*, worin sich die Atmosphäre der Gewalt widerspiegelt; zugleich wird argumentiert, dass die Wahlen aufgrund des Parteiverbotes illegitim seien (*La Voix du Kamerun* Juin 1958, ADSS Bte 31). Die UPC lehnte die Wahlen ab, weil nur jene Parteien antreten dürften, die als politisches Ziel eine große Nähe zu Frankreich anstrebten, was in der Konsequenz bedeute, dass die Kameruner_innen gewissermaßen nur einen Weg in die Zukunft wählen könnten. Somit markierte die UPC mittels Sicherheitssprechen eine Konfliktlinie, die zwischen pro-französisch und pro-UPC verlief, und beanspruchte für sich, die kamerunische Nation zu repräsentieren. Insgesamt war der Wahlboykott wenig erfolgreich. Zwar schlossen sich in den Schwerpunktregionen der UPC viele Wähler_innen dem Boykott an, kamerunweit jedoch war die Wahlbeteiligung ausreichend hoch, sodass die Verwaltung die Wahl als erfolgreich bezeichnen konnte. Trotz ihrer Enttäuschung über den Ausgang der Wahlen versuchte die Partei, ihren Anhänger_innen Mut zu machen und die grundsätzliche Strategie als erfolgreich zu präsentieren, um so ihren Repräsentationsanspruch zu zeigen und Kontrolle zu signalisieren⁶¹ (ADSS Bte 31).

61 Dazu folgendes Zitat: »Il me reste à vous recommander la large union, la lutte contre les ›oppositions africaines‹ préconisée par le collaborateur de Roland Pré, le courage, le vigilance et la fermeté. Nous allons de victoire en victoire et nos adversaires vont d'échec en échec. Et jusqu'au jour où nous remporterons la victoire, pleine et entière, je ne faillirai jamais à mon serment: Rester fidèle au peuple Kamerunais. Dans le monde entier se dessine une ère de paix, les forces pacifiques et anticolonialistes triomphent chaque jour sur les forces du canon et des armes d'extermination massive.« Übersetzung: »Es bleibt mir noch, euch auf die große Gemeinschaft, den Kampf gegen die ›afrikanischen Oppositionen‹, die von den Kollaborateuren Roland Prés befürwortet werden, den Mut, die Wachsamkeit und die Entschlossenheit zu berufen. Wir gehen von Sieg zu Sieg und unsere Gegner von Niederlage zu Niederlage. Und bis zu dem Tag, an dem wir

Auf der internationalen Ebene versuchte die UPC, auf ihre Vulnerabilität aufmerksam zu machen, die durch die Aufteilung des Gebietes in eine britische und in eine französische Verwaltungszone entstanden war. So wurden viele Petitionen von UPC-Mitgliedern geschrieben, die vor Repressionen im französischen Teil in den englischen flüchteten:

»Depuis 1955 environ 15.000 Kamerunais originaires de la zone sous administration française, ont dû se réfugier dans la partie administrée par le Royaume-Uni. Ces patriotes, affrontent dans leur refuge de nombreuses difficultés non seulement matérielles et morales, mais d'abord politiques [...]« (Appel en Faveur des Réfugiés Politiques Kamerunais Osende Afana, *La Voix Du Kamerun* XII 1960 – I 1961, ADSS Bte 31).⁶²

Die Gefährlichkeitskonstruktion seitens der französischen Verwaltung wurde im britischen Teil übernommen, wo die UPC schließlich 1957 ausgewiesen wurde.

Agendasetting und Paralleladministration als Sicherheitspraktiken

Zunächst versuchte die UPC, ihre Ziele ohne Gewaltmittel zu erreichen, stattdessen setzte sie auf Bildungsarbeit, klärte über die UN-Struktur auf und veröffentlichte Presseerzeugnisse. Mit ihrem lokalen Unterstützer_innennetzwerk war die UPC in der Lage, vor allem in ländlichen Regionen eine Paralleladministration aufzubauen, die teilweise originäre Aufgaben der Verwaltung ausführte; mit dieser Durchdringung des Landes konkurrierte sie mit den staatlichen Strukturen der französischen Verwaltung. Auf der internationalen Ebene entwickelte die UPC eine immense diplomatische Aktivität: Im Verlauf der 1950er Jahre erreichten Tausende Petitionen, die gegen die Maßnahmen der französischen Verwaltung protestierten und auf harsche Repressionen sowie auf die Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit aufmerksam machten, den Treuhandrat. Der Wunsch der UPC nach internationaler Aufmerksamkeit und Unterstützung durch die UN wurde in vielen Telegrammen deutlich (siehe dazu auch Kapitel 6.3.):

»The Authorities put military pressure on Kamerun population to vote in election under loi cadre, contrary to Kamerun wishes. We protest vehemently against this

den vollen und gänzlichen Sieg erringen werden, werde ich niemals meinen Schwur brechen: dem kamerunischen Volk treu zu bleiben. In der gesamten Welt zeichnet sich eine Ära des Friedens ab, die friedlichen und antikolonialistischen Kräfte triumphieren jeden Tag über die Kräfte der Kanonen und der Massenvernichtungswaffen« (ADSS Bte 31).

62 Übersetzung: »Seit etwa 1955 mussten 15 000 Kameruner, ursprünglich aus der Zone unter französischer Verwaltung, in den vom Vereinigten Königreich verwalteten Teil fliehen. Diese Patrioten stehen in ihrem Zufluchtsort zahlreichen Schwierigkeiten, nicht nur materiellen und moralischen, sondern in erster Linie politischen.

act which infringes dispositions of United Nations Charter and Universal Declaration Human Rights. We call on unations [sic!] to send immediately international forces to quell second envisaged attach on Kamerun by French Government« (Ngimbus, Vice President, 21.12.1956, UNA S-0443-0026).

Die UPC steckte auch sehr viel Energie in die Netzwerkbildung u.a. knüpften sie Kontakte zur *International League for the Rights of Man* (ILRM) in New York sowie zu antikolonialen Bewegungen in Ghana, Ägypten und Russland. Diese Kontakte wurden im Verlauf des Konflikts existenziell für die UPC. Ein weiteres entscheidendes Mittel, um die Ziele und Vorstellungen der Partei zu verbreiten, waren Presseerzeugnisse. Obwohl die Presse teilweise zensiert wurde, konnte die UPC in ihren Medien politische Kampagnen – wie zum Beispiel die Kampagne *Votez Autochtone* für die Wahlen 1956 – lancieren, was die französische Verwaltung als Bedrohung wahrnahm.

Nutzung von Gewaltmitteln zur Sicherung politischer Ziele

Die mangelnde Reaktion seitens der internationalen Öffentlichkeit auf Berichte von Menschenrechtsverletzungen und Unsicherheit enttäuschten die UPC. Im Verlauf der Treuhandszeit wurde den Zielen und Vorstellungen der UPC politisch immer weniger Raum eingeräumt. In der Folge wurde ihre Sprache dringlicher, und die französische Verwaltung wurde nun ganz offensiv rhetorisch angegriffen. In ihren Texten⁶³ verspottete die UPC die französische Verwaltung sprachlich, indem sie den deutschen Anfangsbuchstaben K für die französische Landesbezeichnung nutzte; durch die Vermischung der deutschen und der französischen Schreibweise – Kameroun, Kamerunaise – verwies sie auf die Kontinuitäten kolonialer Besatzung. Mit Zunahme der Repressionen durch die französische Verwaltung und da der UN-Treuhandrat nichts dagegen unternahm, wurde in den Jahren 1954-1955 die Frage der eigenen Gewaltanwendung drängender. Aus Frustration und Enttäuschung über ihren mangelnden politischen Einfluss wurde die UPC militanter. Mittels Sicherheitssprechen konstruierte sie eine Freund-Feind-Logik, mit der französischen Verwaltung als Feind: »[...] [L]a politique de la Direction de notre partie est juste. Ceux qui l'attaquent, ce sont les impérialistes et leurs agents« (9.8.1957, Foto mit Felix Moumié, Ernest Ouandié, Abel Kingué).⁶⁴ Mit Blick auf die brutale Niederschlagung der nationalistischen Bewegungen in Madagaskar oder an der Elfenbeinküste wurden die Folgen von Gewaltmitteln im antikolonialen Kampf diskutiert. Vor allem Um Nyobé fürchtete, dass die repressiven Methoden der fran-

63 Wie bspw.: »L'amitié Franco-Kamerunaise en Danger: Alerte à l'opinion kamerunaise et mondiale« (L'opinion au Cameroun, No. 32, 23th September 1957). Übersetzung: »Die französisch-kamerunische Freundschaft in Gefahr: Alarm für die kamerunische und weltweite Öffentlichkeit.«

64 Übersetzung: »Die Politik unserer Parteiführung ist richtig. Diejenigen, die sie angreifen, sind die Imperialisten und ihre Vertreter.«

zösischen Verwaltung eine Falle darstellen könnten: Als staatliche Gewalt besaß die französische Verwaltung Legitimität, während ein gewaltsamer Rückschlag seitens der UPC der Verwaltung eine Begründung liefern könnte, um noch restriktiver gegen die UPC vorzugehen. In internen Stellungnahmen sprach die UPC auf die Ambivalenz der Anwendung von Gewalt an, wobei sie auch die Positionalität der Akteure im Feld andeutete:

»Violence ou non-violence? Tel est le faux dilemme dans lequel les impérialistes et leurs idéologues voudraient aujourd'hui noyer la lutte libératrice des peuples africains. Heureusement, cette lutte elle-même a déjà fait école, en particulier celle du peuple Kamerunais: nous n'avons pas à choisir entre la violence et la non-violence, mais à combiner plusieurs formes de lutte légales et illégales, pacifiques et violentes, selon les rapports des forces internes et externes à chaque phase donnée. C'est sous le voile de ces fantoches que les impérialistes ont passé à une action militaire systématique et à grande échelle: notre pays est aujourd'hui occupé par 60.000 soldats de la Communauté française dotés d'un équipement absolument moderne« (*La Voix du Kamerun*, Octobre 1961, ADSS Bte 31).⁶⁵

Ab 1954 nutzte die UPC vermehrt Sabotageakte gegen die öffentliche Infrastruktur und französische Güter, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Während der Wahlen 1956 kam es auch zu Gewalt gegen Personen. Entführungen, Erpressungen und Überfälle auf administrationsnahe Politiker_innen wurden von der UPC daher zunehmend als legitime Mittel betrachtet, um auf ihre Ziele aufmerksam zu machen. Dabei beschränkte sich die Partei nicht auf Angehörigen der französischen Verwaltung, sondern bestrafte auch Kameruner_innen, die mit den Franzosen kollaborierten. Die französische Verwaltung versuchte die Situation unter Kontrolle zu bekommen und die UPC in ihrem politischen Aktionsradius weiter einzuschränken. Die UPC zog sich daraufhin weiter in den *maquis* zurück. Das Ausmaß der upécistischen Gewalt wurde als verheerend dargestellt, wie sich im Bericht der *Visiting Mission* von 1958 zeigt: Zwischen dem 5. September 1957 und dem 31. Oktober 1958 wurden 75 Zivilist_innen getötet, 90 wurden verwundet, 91 Menschen entführt sowie 200 Häuser in Brand gesetzt. Im Gegenzug tötete die

65 Übersetzung: »Gewalt oder Gewaltlosigkeit? Das ist das falsche Dilemma, in dem die Imperialisten und ihre Ideologen den Befreiungskampf der afrikanischen Völker heute gerne ertränken würden. Glücklicherweise hat dieser Kampf selbst bereits Schule gemacht, insbesondere derjenige des kamerunischen Volkes: Wir können nicht zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit wählen, sondern wir müssen mehrere Formen des legalen und illegalen, pazifistischen und gewaltsamen Kampfes, gemäß den internen und externen Beziehungen der Truppen zu jeder gegebenen Phase, kombinieren. Unter dem Schleier dieser Marionetten sind die Imperialisten zu einer groß angelegten, systematischen militärischen Handlung übergegangen: Unser Land ist heute von 60 000 Soldaten der französischen Gemeinschaft, ausgestattet mit einer absolut modernen Ausrüstung, besetzt.«

französische Verwaltung in dieser Zeit 371 Rebell_innen, 104 wurden verwundet und 882 festgenommen (Bericht *Visiting Mission* 1958, ANOM DPCT//3).

Ab dem Moment, in dem die UPC tatsächlich Gewalt einsetzte, erfüllte sie das zuvor von der französischen Verwaltung konstruierte Bedrohungsschema für antikoloniale Widerstandsbewegungen. Dass die UPC in der Lage war, Gewaltmittel extensiv zu nutzen, zeigt, dass einzelne Gebiete nicht unter französischer Kontrolle waren, bspw. Sanaga-Maritime. Damit machte die UPC der französischen Verwaltung das Gewaltmonopol streitig und erwies sich als Bedrohung für Repräsentationsansprüche der französischen Verwaltung. Aus dem *maquis* heraus suchte Um Nyobé nach wie vor den Kontakt zur internationalen Gemeinschaft, um diplomatisch für die Ziele der UPC zu kämpfen; er forderte Gnadenерlasse, und begründete dies damit, dass die bestehende Situation nichts mit einem kamerunischen Staat unter Treuhandschaft zu tun habe. Er versprach, dass die Partei UPC kooperieren und die öffentlichen Ordnung wahren würde, sofern sie am politischen Entscheidungsprozess beteiligt würde. Auf diese Weise versuchte die UPC – trotz Illegalität und Untergrundkampf –, Kamerun politisch mitzugestalten; seit die Partei jedoch Gewaltmittel eingesetzt hatte, wurde ihr dies verwehrt. Gleichzeitig stieg die lokale Unterstützung für die UPC, wie in einem Bericht der Verwaltung festgestellt wurde: »Depuis décembre 1956, directement ou indirectement, l'opposition à la politique française au Cameroun s'est renforcée« (Bilan des Attentats, L'Union des Populations Du Cameroun, 11.4.1957, ANOM DPCT 26).⁶⁶ Fraglos forderte die UPC die französische Verwaltung also immens heraus; mit ihren Forderungen bewegte sie sie dazu, verstärkt Maßnahmen im Bereich *Statebuilding* zu ergreifen.⁶⁷ (Bilan des Attentats, L'Union des Populations Du Cameroun, 11.4.1957, ANOM DPCT 26).

6.2.4 Navigieren zwischen Internationalisierung und Kamerunisierung: Die postkoloniale Handlungsmacht der UPC

Die empirische Illustration zeigt, dass sich die UPC-Aktivist_innen auf die Momente Bedrohung, Sicherheit und Unsicherheit sowie Schutz der öffentlichen Ordnung beriefen. So wirkte Sicherheitssprechen konstitutiv für die Beurteilung von Situationen, Identitäten und Handlungslogiken. Wie gezeigt, verstand sich die UPC

66 Übersetzung: »Seit Dezember 1956 hat sich, direkt oder indirekt, der Widerstand gegen die französische Politik in Kamerun verstärkt.«

67 Wie etwa folgende: »[...] [É]lections générales, nouveau statut, prochain Gouvernement autonome, perspective de nouveaux progrès politiques, continuation de l'aide financière. [...] [U]n fort courant d'opinion s'est constitué, favorable à notre politique.« Übersetzung: »[...] [A]llgemeine Wahlen, neue Satzung, nächste einheimische Regierung, Perspektive eines neuen politischen Fortschritts, Fortführung der finanziellen Hilfe. [...] [E]in starker, unserer Politik wohlgesinnter Meinungstrend hat sich gebildet« (Bilan des Attentats, L'Union des Populations Du Cameroun, 11.4.1957, ANOM DPCT 26).

als antikoloniale Bewegung, die zugleich gouvernementale Repräsentation beanspruchte sowie internationale Einbindung und Anerkennung; dieser Handlungsentswurf jedoch stand in Konkurrenz zu dem Staatsaufbau, wie ihn die französische Verwaltung anstrebte. Ich möchte argumentieren, dass die Nutzung von Sicherheitssprechakten in diesem internationalisierten *Statebuilding*-Prozess konstitutiv für die Herausbildung einer postkolonialen Handlungsmacht, die wiederum Einfluss auf die *Grammatik der Sicherheit* hatte, war. Bereits kurz nach Gründung stand die UPC im Zentrum von *Versicherheitslichungsmaßnahmen*: Sie stand unter besonderer Sicherheitsbeobachtung, ihre Mitglieder wurden in der Ausübung ihrer politischen Tätigkeit von der französischen Verwaltung gehindert. Dabei ordnete die Verwaltung das Feld der politischen Handlungsmöglichkeiten in die Bereiche legitim sowie widerständig/illegitim. Damit schuf sie, basierend auf dem internationalen UN-Mandat, eine hierarchische Ordnung: mit Frankreich als Mandatsmacht, die während der Treuhandzeit aus Kamerun einen souveränen Staat nach französischem Vorbild machen würde, und der UPC als antikolonialer Partei, die nicht rechtmäßig agiere. Diese geschaffene Ordnung steckte den Handlungsrahmen für die Legitimität von Handlungen und politischen Ausdrucksmöglichkeiten ab. Die UPC selbst definierte sich bereits mit ihrer Gründung zu Beginn der Treuhandzeit als Opposition und formulierte ihre Ziele konträr zu denen der französischen Verwaltung. Damit schuf sie eine eigene, eine gegensätzliche Ordnung. Entlang dieser beiden etablierten Positionen – den radikal-nationalistischen Weg in die Unabhängigkeit einerseits, die Nähe zur französischen Verwaltungsmacht andererseits –, formierten sich die anderen Akteure im Feld. Je nach Position unterschieden sich die Wahrnehmung und Deutung von Sicherheit und Unsicherheit, Gewaltereignissen und Nutzung von Gewaltmitteln sowie die Imaginationen des zukünftigen Staates Kamerun. In den Sicherheitssprechakten wird eine Binarität deutlich, die keinen Zwischenraum zulässt: Sich selbst konstruierte die UPC als antikoloniale Bewegung im Kampf für die Unabhängigkeit, aus Perspektive der Verwaltung waren ihre Mitglieder allesamt Bandit_innen, Kommunist_innen oder Verbrecher_innen, die ins Gefängnis gehörten. Dabei zeigte sich im Konfliktverlauf durchaus, dass die UPC die bestehende Ordnung anerkannte: insofern sie die Idee eines nationalstaatlichen Rahmens und souveräner Staatlichkeit, damit auch den Ordnungsrahmen, den die Verwaltung und das internationale System setzten, achtete. Die UPC bestimmte seit ihrer Gründung die politische Landschaft in Kamerun mit. Trotzdem erlebte sie bei den Wahlen herbe Rückschläge für ihre nationale politische Repräsentation. Daher konzentrierte sich die UPC auf die diplomatischen Kanäle der UN, in der Hoffnung, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu erregen und diese für ihre Ziele zu gewinnen. In ihren diplomatischen Bemühungen zeigt sich die Anerkennung der Ordnung seitens der UPC –, jedoch auch deren Versuch, eine eigene Identität und Handlungslogik zu entwickeln; Ziel war es, selbst gestalterisch tätig zu werden und den eigenen Handlungsspielraum auszudehnen.

Bei ihrem Selbstentwurf arbeitete die Partei fortwährend gegen das Bild einer kommunistischen Bewegung an – und damit gegen eines der Makro-Narrative, die die Ordnung des internationalen Systems prägten. Zugleich bediente sich die UPC verschiedener Narrative und vermittelte ihre Position zwischen zwei Rahmungen: dem Ost-West-Konflikt und der antikolonialen Befreiungsbewegung. Wenngleich dies im Laufe des Konflikts, aufgrund der spezifischen historischen Situation, von seiten der UN immer stärker eingefordert wurde, ordnete sie sich keiner der beiden Rahmungen vollständig zu. Die damit verbundene Ambivalenz, die die UPC auch zu vermitteln versuchte, fasst Um Nyobé folgendermaßen zusammen:

»For Black Africa in general the colonialists pretend it is composed of countries ›without problems‹, where tranquility would be absolute were it not for a few ›agitators‹ paid by Moscow to undertake trouble here, using slogans which are either ignored by the people or detested by them. [...] To prevent the UN from taking [our] protests into consideration, the French authorities put forward a number of arguments, of which the most important is the claim that our demands are artificial, ignored by the masses, or even rejected by them, and, these authorities add, in any case it is only a question of an agitation orchestrated by Moscow with objectives which are divorced from the interests of the Cameroun people.« (Joseph, 1974, p. 211).

Damit verweist Um Nyobé auf die koloniale Ideologie, die den Kolonisierten einen Mangel an Fähigkeit unterstellt, einen ganz eigenen Unabhängigkeitskampf zu führen, also ohne die Inspiration oder Führung anderer und ohne globale Makro-Narrative. Er betont, dass die UPC weder kommunistisch noch anti-international sei und sieht darin ihr Bestreben verkörpert, einen ganz eigenen upécistischen Handlungsentwurf zu entwickeln sowie zwischen verschiedenen Handlungsansprüchen zu navigieren. Postkoloniale Handlungsmacht aufseiten der UPC zeigt sich insbesondere in den Momenten, in denen sie zwischen internationalen Ansprüchen und kommunistischen Idealen navigierte, eigene kamerunische Ideen zu verankern versuchte und so eine unabhängige Identität entwerfen wollte. Ebenso wie die französische Verwaltung brachte die UPC über Sicherheit Themen wie Freiheit und Souveränität in den Diskurs ein. Wie bereits erwähnt, baute die UPC eigene Verwaltungseinheiten auf und wurde damit zeit- und gebietsweise zu einem direkten Konkurrenten der französischen Verwaltung. Damit gelang es der UPC, eine eigene Handlungslogik aufzubauen und sich als legitime Repräsentantin der kamerunischen Gesellschaft zu konstruieren. Auf diesem Wege war es ihr möglich, den Diskurs zu verschieben und auf Repressionen der französischen Verwaltung hinzuweisen.

Die Petitionstätigkeit der UPC war eine weitere wichtige Strategie der Selbstvertretung und der Nutzung von Handlungsspielräumen, die sich durch das Forum der UN ergaben. Wie gezeigt, machte die UPC von dieser Möglichkeit ausgie-

big Gebrauch. Während sie dabei anfangs hauptsächlich soziale und ökonomische Belange an die UN kommunizierte, zeigt sich im Verlauf der Treuhandzeit eine Anpassung an kommunizierte Ansprüche seitens der internationalen Ebene; dazu zählte die Einbindung von Frauen und die Verwendung der Sicherheits- und Bedrohungssprache – was als *mimikry* gedeutet werden kann. Mittels Petitionen konnte die Partei auf die Konstruiertheit der Narration der französischen Verwaltung aufmerksam machen und die Imagination einer friedlichen und stabilen Treuhandzeit ebenso wie den Ordnungsentwurf der Verwaltung stören. Dabei verdichtete die UPC die Möglichkeiten für die politische Zukunft Kameruns auf zwei binäre Positionen: eine entweder frankophile oder eine upécistische *Staatsbildung*.

In den Handlungen der UPC lässt sich eine ganz eigene, strategische Handlungslogik ausmachen; erst im Laufe der Treuhandzeit zeigen sich Anpassungen an die Sicherheitsstrategien der Verwaltung – Anpassungsleistungen, die jedoch aufgrund der umstrittenen Repräsentation als legitimer kamerunischer Akteur scheitern. Nach sieben Jahren erfolgloser diplomatischer Protesttätigkeit nutzte die UPC Gewalthandlungen als Mittel, um internationale Aufmerksamkeit zu generieren. Diese Strategie der UPC weist Ähnlichkeiten zum Vorgehen anderer antikolonialer Befreiungskämpfe auf. Das Moment der Gewaltanwendung zeigt, dass die UPC den Handlungsrahmen, den die französische Verwaltung zuvor mit Sicherheitssprechakten konstitutiv vorbereitet hatte, übernahm. Auf Organisationsebene wird das Navigieren der Partei zwischen verschiedenen Ansprüchen daran deutlich, dass es im Laufe der Zeit zu einer Aufspaltung der UPC in verschiedene Teilorganisationen kommt; diese sind zwar durch dieselben politischen Ziele vereint, verfolgen jedoch unterschiedliche Strategien. Zum Zeitpunkt ihres Verbotes gab es zwei Flügel der UPC: einen ersten, der von Moumié, Ouandié und Kingué im Exil geführt wurde; einen zweiten, der, von Um Nyobé angeführt, im *maquis* kämpfte. Eine dritte vermittelnde Option zeigt sich in der Spätphase des Konflikts mit der Wahl von Mayi Matip, der, zunächst im Untergrund aktiv, nach dem Tode von Um Nyobé für die politischen Vertretungen kandidierte. Nach dem Tod Um Nyobés am 13.9.1958 fehlten dem Flügel im *maquis* die Kapazitäten, um den Kampf um die Unabhängigkeit gegen die französische Militärübermacht fortzuführen. Ende des Jahres 1958 lebten nur noch 50 bis 100 Leute im *maquis* (Joseph, 1977).

Durch die stete Einbeziehung des globalen Publikums im Treuhandrat zwang die UPC der französischen Verwaltung die Anerkennung der Bedingungen des UN Treuhandsystems gewissermaßen auf, damit auch die Transparenz hinsichtlich ihres Handelns als UN-mandatierte Verwaltung. Mit dem Treuhandrat wurde ein *dritter Raum* geschaffen, in dem die französische Verwaltung, teilweise gegen ihren Willen und ihre Vorstellungen, Souveränitätsansprüche mit der Mandatsbevölkerung verhandeln musste. Als bedrohlich für die Verwaltung erwies sich insbesondere die Fähigkeit der UPC, außermetropolitane, diplomatische Aushandlungen

zu steuern und die französische Diplomatie auf dieser Ebene immer wieder aus der kolonialen *Habitude* zu zwingen. Im Moment globaler Normenverschiebungen hin zum Ideal der Souveränität aller Staaten, nutzten Upécist_innen ihre Internationalität und dass sie auf verschiedenen Ebenen Anhänger_innen mobilisieren konnten. Damit glichen die diplomatischen Aktivitäten der UPC denen anderer, bereits unabhängiger afrikanischer Regierungen – mit dem großen Unterschied, selbst eben noch keine staatliche Repräsentativität zu genießen. Anhand der verschiedenen diskursiven Knotenpunkte konnte ich zeigen, wie die UPC eine eigene Handlungslogik und postkoloniale Handlungsmacht entwickelte. Die UPC *lernte* sehr schnell, dass Sicherheitssprache und der Fokus auf Gewalthandeln globale Aufmerksamkeit zu garantieren und dass eine lokale Opposition zum politischen Überleben starke Bündnispartner_innen auf der internationalen Bühne braucht. Dadurch konnte die UPC das Gremium UN nutzen, um eine machvolle Verschiebung des Diskurses voranzutreiben, den die französische Verwaltung unbedingt vermeiden wollte. Zwar verschob sich der Diskurs über die Gefährlichkeit der UPC selbst nicht, jedoch prägte die Partei wiederum jene Diskurse, die in der internationalisierten Dekolonisierung entscheidend werden sollten: jene um die Wiedervereinigung mit dem britischen Teil und um eine Generalamnestie. Auf diese Weise nutzte die UPC einen *Möglichkeitsraum*, in dem eine andere Form der Aushandlung gegeben war. Die Dynamik änderte sich im Jahr 1958, als ein finales Unabhängigkeitsdatum beschlossen wurde, wodurch sich ein erneuter Kampf um Anerkennung und Repräsentativität entspann. Auch dieser wurde nicht nur im lokalen Raum ausgefochten, zumal die UPC 1955 verboten worden war. Die UPC nutzte dennoch aktiv beide Ebenen – die internationale Verhandlung sowie den Kampf im *maquis* – zur Legitimation ihrer Sprechfähigkeit. Sofern sie auf der internationalen Bühne als legitim angesehen und angehört würde, so das Kalkül, würde sie auch im lokalen Raum legitimiert werden – obwohl ihr eine direkte politische Vertretung in den Parlamenten fehlte. Mit der Anwendung von Gewalt im *maquis* verspielte die UPC jedoch jegliche Anerkennung auf globaler Ebene: Von nun an entsprach sie dem Bild, das die französische Verwaltung fortwährend gezeichnet hatte, und wurde zu der gewalttätigen Organisation, deren Bedrohlichkeit jene konstruiert hatte. Darin zeigt sich, dass postkoloniale Handlungsmacht interdependent und – zumindest zunächst – dialogisch funktioniert: Die Handlungsmacht der UPC reagierte sich auf die Handlungen der französischen Verwaltung und war insofern von ihnen abhängig – umgekehrt gilt dasselbe.

Für die Entfaltung der Handlungsmacht ist außerdem Zeitlichkeit von Bedeutung. Im Sinne Bhabhas zeigt sich in der Argumentation der UPC eine Nachträglichkeit, das heißt, ihr Handeln und ihre Forderungen werden nur verständlich durch die historische Spurensuche in anderen, früheren Kontexten (Bhabha, [1994]2012, p. 188), bspw. des deutschen Kolonialismus. Die Frustration, Enttäuschung und die Vehemenz der eingebrachten Forderungen seitens der UPC wer-

den nur verständlich über die zeitverzögerten Effekte kolonialer Kontinuitäten. Die UPC versuchte fortwährend, durch Verweigerung, Widerstand und Nichtanerkennung der französischen Autorität die Subjektpositionen aufzulösen, die ihnen zugewiesen wurden – etwa durch Ablehnung der Bezeichnung als kommunistisch. Essentiell war auch das Moment der Wiederholung: Die UPC konnte ihren politischen Forderungen immer wieder Ausdruck verleihen – dadurch war es ihr möglich, die Diskurse zu verschieben und zu verändern. In diesem Sinne zeigt sich postkoloniale Handlungsmacht hier in der Verhandlung, nicht in der Konfrontation. Sicherheitssprache bedingte den Sicherheitsakteur, das heißt: Erst über Sicherheitssprechakte wurde die UPC als Akteur anerkannt und bestätigt. Gleichwohl agierte und war die UPC sehr viel diversifizierter, als von der französischen Verwaltung vor- und hergestellt. Der dadurch entstandene Handlungsspielraum führte zu einer besonderen Identität und Ausrichtung der Partei: Beim Navigieren der verschiedenen Ansprüche – Internationalität versus Authentizität, Sozialismus versus Nationalismus – zeigte die UPC, dass sie fähig war, Themen wie Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit mit Sicherheitssprache zu verknüpfen; auf diese Weise konnte sie die Idee einer existenziellen Bedrohung vermitteln, um somit Gewalt zu skandalisieren und durch eigenes Gewalthandeln mehr Aufmerksamkeit zu generieren. Im folgenden Kapitel (6.3.) führe ich das Konzept der *Versicherungskonkurrenz* ein, um zu zeigen, wie die französische Verwaltung und die UPC vor dem UN-Treuhandrat um Legitimität konkurrierten.